

„Gravierende negative Veränderung des Landschaftsbilds“

Nordstemmer Gemeinderat lehnt geplante zweite Salzhalde in der Giesener Feldmark entschieden ab

VON SEBASTIAN KNOPPIK

NORDSTEMMEN. Der Nordstemmer Gemeinderat hat sich mit deutlichen Worten gegen eine neue Salzhalde in der Giesener Feldmark ausgesprochen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution kritisieren die Politiker darin die Flächenversiegelung und die Veränderung des Landschaftsbildes.

Die Politiker hatten bereits in der Sitzung des Bauausschusses ihren Unmut über die im Zuge der Wiedereröffnung des Kalibergwerks geplante Abraumhal-

de zum Ausdruck gebracht. Diese Kritik sollte aber nicht in die offizielle Stellungnahme der Gemeindeverwaltung aufgenommen werden, da der neue Salzberg nicht auf Nordstemmer Gemeindegebiet liegt und damit die Interessen der Gemeinde nicht direkt berührt sind.

SPD-Ratsmitglied Dr. Cornelia Ott hatte daher eine separate Stellungnahme verfasst, in der es speziell um die Kritik an der Salzhalde geht. „Der Rat der Gemeinde Nordstemmen beurteilt die Pläne zur permanenten Aufhaltung von Salzabraum sehr kritisch“, heißt es in

dieser Resolution. Auch wenn das Nordstemmer Gemeindegebiet nicht direkt betroffen sei, würden „die damit einhergehende Flächenversiegelung und die gravierende negative Veränderung des Landschaftsbildes entschieden abgelehnt“. Das gelte auch für eine begrünte Halde.

Vor allem ist den Nordstemmer Politiker wichtig, dass die Abraumhalde, wenn sie sich nicht verhindern lassen sollte, nicht auf ewig in der Bördelandschaft stehenbleibt. „Sollte eine Aufhaltung während des Salzabbaus nötig

sein, muss sie eine vorübergehende Maßnahme sein“, heißt es dazu in der Stellungnahme des Gemeinderats: „Wir verlangen von dem Betreiber einen vollständigen Rückbau aller Anlagen einschließlich der Halde nach Abschluss der Salzförderung und wir fordern das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie auf, diese Verpflichtung zum Rückbau in der Genehmigung festzuschreiben.“

Dieser Aspekt liegt auch CDU-Fraktionschefin Cornelia Nagel besonders am Herzen. Sie findet es nach eigenen An-

gaben gut, wenn die Betreiber des Bergwerks nach Ende des Betriebs „hinter sich aufräumen“. „Ich hoffe, dass sie sich das auch mal hinter die Ohren schreiben“, sagte Nagel. Die Resolution wird nun zusammen mit der offiziellen Stellungnahme an das Landesbergamt geschickt, das im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens über die Genehmigung des Bergbaus entscheiden muss.

Die Salzhalde ist eines der umstrittensten Aspekte bei der Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks. Nach Angaben des künftigen Bergwerksbe-

treibers K+S ist ein Verzicht auf die Halde nicht möglich. Der Sarstedter Stadtrat hatte sich in seiner Stellungnahme am Dienstag vergleichsweise moderat zur Halde geäußert. Es solle geprüft werden, „ob durch Änderung im Rückstandsmanagement das Volumen des Haldenkörpers minimiert werden kann“. Eine weitergehender Antrag der CDU gegen die Halde war von der rot-grünen Ratsmehrheit abgelehnt worden. Der Giesener Gemeinderat wird sich am kommenden Montag (19 Uhr, Rathaus) mit dem Thema befassen.